



Stadtsparkasse Wermelskirchen

Jahresabschluss 2015

und Lagebericht des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

Anstalt des öffentlichen Rechts
Handelsregister Köln, HRA 15991

Gegründet 1877

139. Geschäftsjahr

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin/Bonn, angeschlossen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen.

Lagebericht

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER SPARKASSE

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen. Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse bilden der im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG) festgeschriebene öffentliche Auftrag der Sparkasse sowie das Regionalprinzip. Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Die Schwerpunkte unseres Geschäftes liegen unter Beachtung des Regionalprinzips und öffentlichen Auftrags im Anlage- und Finanzierungsgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Dabei steht das bilanzwirksame Geschäft, ergänzt durch die Produkte unserer Verbundpartner, im Fokus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Eigenanlagen der Sparkasse.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus insgesamt 13 eigenständigen Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgabe wahr, die Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsinstitute bei absehbaren oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern. Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus:

- elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt. Damit werden jederzeit Liquidität und Solvenz der Institute gewährleistet. Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverband zusammengeschlossen. In Abhängigkeit von den notwendigen Aufwendungen stehen dadurch in einem Stützungsfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Die Funktion der Sparkassenzentralbank und Girozentrale nimmt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wahr.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2015 um real 1,7 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im vorangegangenen Jahr (+1,6 %). Die Entwicklung im Jahresverlauf verlief mit Wachstumsraten von 0,4 % in den ersten beiden Quartalen und 0,3 % in den beiden Quartalen des zweiten Halbjahres recht gleichmäßig. Positive Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr fast ausschließlich von der Binnennachfrage, welche 1,5 %-Punkte zum Wachstum beitrug. Die Konsumausgaben des Staates trugen mit 0,5 %-Punkten etwas mehr zum Wachstum bei als im Vorjahr. Die größte Wirkung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum ging jedoch von den privaten Konsumausgaben aus (1,1 %-Punkte). Der Wachstumsbeitrag der Bruttoanlageinvestitionen fiel in 2015 deutlich geringer aus als im Jahr zuvor (0,4 %-Punkte gegenüber 0,7 %-Punkten).

Die Bruttoanlageinvestitionen haben den dynamischen Zuwachs von 2014 (+3,5 %) im abgelaufenen Jahr nicht wiederholen können. Sie wurden jedoch (auf dem erhöhten Niveau des Vorjahres) erneut gesteigert (+1,7 %). Dabei legten die Ausrüstungsinvestitionen um 3,6 % zu (Vorjahr: +4,5 %).

Die Bauinvestitionen wurden in 2015 nur noch um 0,2 % ausgeweitet, nach einem kräftigen Zuwachs um 2,9 % im Vorjahr. Die angesichts der lebhaften Wohnungsbautätigkeit überraschend enttäuschende Entwicklung der Bautätigkeit war auf entsprechende Rückgänge im gewerblichen und öffentlichen Bau zurückzuführen.

Die privaten Konsumausgaben wurden in 2015 zum achten Mal in Folge ausgeweitet. Sie legten kräftig um 1,9 % zu. Zuletzt hatte es in 2000 einen höheren Zuwachs gegeben (+2,1 %). Eine Ursache für diese Zunahme dürfte erneut und verstärkt der Ölpreisverfall gewesen sein. Darüber hinaus wirkten wie bereits in den Vorjahren die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation konsumfördernd, ebenso wie das niedrige Zinsniveau, das sichere Geldanlagen unattraktiv macht. Das Volkseinkommen ist 2015 um 3,9 % gestiegen, nach einem bereits beachtlichen Plus im Vorjahr (2014: +3,8 %). Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,9 %) in gleicher Weise zu wie die

Lagebericht

Arbeitnehmerentgelte (+3,9 %). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich um 2,8 % (2014: +2,3 %).

Die staatlichen Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr mit einem Plus von 2,8 % erneut deutlich ausgeweitet (Vorjahr +1,7 %). Trotz der Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in 2015 zum zweiten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes belief sich dieser auf 19,4 Mrd. €, was einer Überschussquote von 0,6 % entspricht.

Der Außenhandel leistete in 2015 einen Wachstumsbeitrag von 0,2 %-Punkten. Sowohl Exporte wie auch Importe nahmen kräftig zu. Die Exporte konnten in realer Rechnung um 5,4 % (nominal 6,4 %) gesteigert werden. Die Importe legten in realer Rechnung in ähnlicher Größenordnung zu (5,7 %), in nominaler Betrachtung, d.h. in Vorjahrespreisen, jedoch nur 4,0 %. Dies erklärt sich aus den gesunkenen Importpreisen, insbesondere den deutlich gesunkenen Preisen für Rohöl bzw. Mineralölprodukte.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert. Wie die Bundesagentur für Arbeit bekanntgab, erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren mehr als 43 Millionen Menschen erwerbstätig, 329.000 Personen bzw. 0,8 % mehr als im Vorjahr. Erneut legte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stark zu (+2,0 % bzw. +597.000) und glich somit Rückgänge bei der geringfügigen Beschäftigung sowie bei Selbständigen mehr als aus. Das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland hat nach vorläufigen Einschätzungen 2015 weiter zugenommen. Durch eine zunehmende Erwerbsneigung – insbesondere von Frauen und Älteren – und durch Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa sowie durch den Zuzug von Flüchtlingen hat sich das Erwerbspersonenpotenzial 2015 gegenüber dem Vorjahr um 100.000 auf 45,83 Mio. erhöht. Im Jahresdurchschnitt waren rund 2,8 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, der niedrigste Stand seit 1991. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank auf 6,4 % (2014: 6,7 %).

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,3 % und entfernten sich damit weiter von der von der EZB angestrebten Stabilitätsmarke von unter, aber nahe 2 %. So niedrig war die Inflationsrate zuletzt in 2009. Die Ursache für den sehr schwachen Preisanstieg war wie bereits in den Vorjahren erneut die Energiepreisentwicklung. Hier hat sich der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr nochmals verstärkt (-7,0 %, 2014: -2,1 %). Unter Herausrechnung der Energiepreise hätte die Jahresteuerrate bei +1,1 % gelegen.

In der globalen Sicht waren die ökonomischen Verhältnisse 2015 durch vermehrte Komplexität und Wachstumsunsicherheiten gekennzeichnet, was schließlich auch in höheren Volatilitäten an den Finanzmärkten Niederschlag fand. Nach der Finanzkrise (2008/2009) und der Schuldenklemme in der Eurozone (2011/2012) machte sich zuletzt eine durch den wirtschaftlichen Abschwung in China befeuerte „Schwellenländerkrise“ zunehmend bemerkbar. Der Druck auf die Rohstoffpreise und den Welthandel erhöhte sich. Die Raten von Industrieproduktion und Güterpreisen fielen weltweit zurück, während sich der Dienstleistungssektor zumeist relativ robust zeigte. Die verhaltene Nachfrage von Investitions- und hochwertigen Gebrauchsgütern in den Schwellenländern dämpfte aufgrund der inzwischen erreichten globalen Verflechtung die wenig dynamischen Investitionen in den Industrieländern zusätzlich. Gleichzeitig nahm – auch infolge ultralockerer Geldpolitik – die globale Verschuldung außerhalb des Finanzsektors und die Inflationierung von Vermögenspreisen weiter zu. Bei Aktien, Immobilien und Unternehmensanleihen kam es zu Übertreibungen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hielt den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Berichtsjahr konstant bei 0,05%. Der Einlagezins der EZB ist seit Juni 2014 negativ und betrug nach einer weiteren Reduzierung im Jahr 2015 -0,30 %. Korrespondierend reduzierten sich auch die Sätze am Geldmarkt weiter auf ein Niveau unterhalb der Nulllinie. Die Kapitalmarktsätze waren gleichfalls von einem weiteren Rückgang geprägt und erreichten ein historisch niedriges Niveau, wobei bspw. Bundeswertpapiere bis zu fünf Jahren Restlaufzeit negative Renditen auswiesen. Der deutsche Aktienmarkt zeigte sich weiterhin volatil; der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte im April 2015 ein Allzeithoch von rd. 12.400 Punkten und entwickelte sich danach eher negativ. Das Jahrestief wurde im September mit etwa 9.400 Punkten erreicht.

Lagebericht

BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach der Analyse der Deutschen Bundesbank entwickelte sich die Ertragslage der deutschen Banken im Jahr 2014 robust. Trotz des rückläufigen Zinsniveaus verbesserte sich vor allem die wichtigste Ertragskomponente, der Zinsüberschuss. Er lag mit 90,4 Mrd. € um 4,1 Mrd. € über dem Wert des Vorjahres 2013. Sowohl Zinsaufwendungen wie auch Zinserträge sind seit Jahren rückläufig. Wie die Deutsche Bundesbank anhand der Angaben in der GuV-Statistik ausführt, erreichten die Zinserträge jedoch in 2014 noch gut 65 % ihres langfristigen Durchschnitts, während der Rückgang bei den Zinsaufwendungen deutlicher ausfiel, diese lagen nur noch bei der Hälfte ihres langfristigen Durchschnittswertes. Die Bundesbank geht jedoch davon aus, dass sich dieser Trend angesichts des erreichten extrem niedrigen Niveaus der Zinsaufwendungen zukünftig nur noch begrenzt fortsetzen wird.

Die Ursache für den starken Rückgang der Zinsaufwendungen liegt neben den niedrigen Zinsen an sich an der Liquiditätspräferenz der Anleger, die zu einer deutlichen Umschichtung in täglich fällige Einlagen geführt hat. So stieg der Anteil der Sichteinlagen von Nichtbanken von 17 % in 2008 auf 31 % in 2014. Dies bedeutete – bei weiter rückläufigen Einlagenzinsen – günstigere Refinanzierungskosten für die Kreditinstitute. Auf der Aktivseite hingegen ist es nicht zu einer vergleichbaren Laufzeitverkürzung gekommen, weshalb die Bundesbank vor zunehmenden Fristentransformationsrisiken warnt. Das Provisionsergebnis verbesserte sich in 2014 im gesamten deutschen Bankensektor um gut 4 %. Die Kostenseite der deutschen Kreditinstitute war von moderat gestiegenen Personalkosten und deutlich erhöhten anderen Verwaltungsaufwendungen gekennzeichnet. Während moderate Tarifabschlüsse und Stellenabbau dämpfend auf die Kostensteigerungen wirkten, waren bei den Sachaufwendungen die Umsetzung regulatorischer Anforderungen sowie die Bankenabgabe nennenswerte Kostentreiber. Die weiterhin geringen Kosten für die Kreditrisikovorsorge stützten die Ertragslage. Die Sparkassen wiesen zum vierten Mal einen Netto-Bewertungsertrag aus.

Mit der im Jahr 2015 von Deutscher Bundesbank und BaFin durchgeführten Umfrage zur „Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld“ haben die Aufseher einen umfassenden Einblick in die Ertragsaussichten deutscher Kreditinstitute gewonnen. Das Ergebnis zeige, dass mit einem deutlichen Rückgang der Ergebnisse zu rechnen sei, wenn das Niedrigzinsumfeld weiter anhalte. Dies sei im Wesentlichen auf den Rückgang der Margen bei den Kundeneinlagen zurückzuführen.

Die Bilanzsumme der Sparkassen nahm im Jahr 2015 um 1,6 % zu. Bei den Kundeneinlagen war ein Wachstum von 3,0 % zu verzeichnen. Ein wesentlicher Anteil am Zuwachs entfällt auf die Einlagen von Privatpersonen, die mit 3,6 % gewachsen sind, vor allem bei den Sichteinlagen. Die Kundenkredite nahmen trotz zinsbedingter vorzeitiger Tilgungen insgesamt um 3,4 % zu. Während der Bestand der Kredite an Unternehmen und Selbständige um 3,7 % ausgeweitet werden konnte, lag der Bestandszuwachs bei den privaten Wohnungsbaukrediten bei 4,5 %. Als wichtigste Ertragskomponente sank der Zinsüberschuss – bedingt durch das Niedrigzinsniveau – um 0,7 %. Der Rückgang konnte durch den Anstieg des Provisionsüberschusses mehr als kompensiert werden. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich vor allem wegen Lohnzuwächsen aufgrund der Tarifierhöhung im März 2015 und der kräftig gestiegenen Bankenabgabe. Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag in 2015 mit 10,8 Mrd. € nur leicht unter dem Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund eines verbesserten Bewertungsergebnisses waren die Sparkassen in der Lage, 4,2 Mrd. € in die Vorsorgereserven zu überführen.

Neben den gravierenden Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die Ertragslage der Kreditinstitute wirken sich auch die Umsetzung und Anwendung der neuen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital-, Liquiditäts- und Meldeanforderungen auf die Erträge und Aufwendungen der Institute aus. Die Anforderungen beschränken einerseits teilweise die Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten, andererseits haben sie Auswirkungen auf die Kostensituation der Institute.

GESCHÄFTSVERLAUF UND DARSTELLUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Insgesamt hat sich der Geschäftsverlauf der Stadtparkasse Wermelskirchen im Berichtsjahr günstig entwickelt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 7,2 Mio. € bzw. 1,1 %. Das Geschäftsvolumen stieg um 8,8 Mio. € bzw. 1,3 %. Die Bilanzsummenerhöhung sowie die Ausweitung des Geschäftsvolumens sind vorrangig auf den Zuwachs der Kundeneinlagen zurückzuführen. Den Geschäftsverlauf der Sparkasse im Jahr 2015 veranschaulicht die folgende Übersicht anhand einiger wesentlicher Daten:

Lagebericht

	2013 Mio. €	2014 Mio. €	2015 Mio. €
Bilanzsumme	633,6	640,6	647,7
Eventualverbindlichkeiten	9,6	10,9	10,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	25,1	15,5	17,9
Geschäftsvolumen	668,3	667,0	675,8
Forderungen an Kunden			
Kredite und Darlehen	428,3	435,9	437,0
Treuhandkredite	7,7	7,8	7,0
Summe	436,0	443,7	444,0
Liquide Mittel			
Barreserve	10,1	10,0	11,9
Bankguthaben	23,6	6,0	15,4
Wertpapiere	151,9	169,6	165,3
Summe	185,6	185,6	192,6
Einlagen von Kunden			
Spareinlagen	188,6	199,9	210,1
Sparkassenbriefe	56,6	45,4	36,2
Giro- und Termineinlagen	204,1	208,8	224,7
Summe	449,3	454,1	471,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59,9	58,0	43,3

Zu den Geschäftsergebnissen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

Das Kreditgeschäft zeigte sich mit Neuzusagen an Privat- und Geschäftskunden im Berichtsjahr in Höhe von 61,7 Mio. € weniger dynamisch als im Vorjahr. Die Gesamtausleihungen einschließlich der Treuhandkredite stiegen zum Bilanzstichtag um 0,3 Mio. €. Den Schwerpunkt des Kreditgeschäftes stellen bei einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 4,2 Mio. € mit 162,7 Mio. € weiterhin die privaten Wohnungsbaukredite dar. Insgesamt nahmen die Forderungen an Privatkunden im Jahresdurchschnitt um 3,8 Mio. € auf 195,4 Mio. € zu. Die größten Neugeschäftsimpulse kamen aus dem gewerblichen Kreditgeschäft mit Darlehenszusagen von 32,9 Mio. €. Hier beträgt der Bestand nunmehr 187,6 Mio. €.

EIGENANLAGEN

Der Bestand an Eigenanlagen der Sparkasse in Wertpapieren reduzierte sich um 4,2 Mio. € auf 165,4 Mio. €, wobei der Rückgang auf den Abbau einer Fondsposition zurückzuführen ist. Der Wert der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere blieb mit 122,5 Mio. € nahezu unverändert. Umwidmungen von Wertpapiereigenanlagen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt.

BETEILIGUNGEN

Der Umfang der Beteiligungen blieb mit 7,9 Mio. € konstant.

KUNDENEINLAGEN

Die Kundeneinlagen erhöhten sich insgesamt um 16,9 Mio. € bzw. 3,7 % auf 471,0 Mio. €. Wie im Vorjahr war ein kräftiger Zuwachs bei den täglich fälligen Einlagen (+22,8 Mio. €) auf 203,0 Mio. € zu verzeichnen. Hier „parkten“ die Kunden weiterhin erhebliche Einlagebeträge in der Erwartung oder der Hoffnung auf zukünftig steigende Zinsen. Bei den Spareinlagen hat sich der Bestandszuwachs fortgesetzt. Die Zunahme von 10,2 Mio. € bzw. 5,1 % auf 210,1 Mio. € ist vor allem auf die Reaktivie-

Lagebericht

zung der Spareinlage mit einjähriger Kündigungsfrist als „Spar Klassik“ zum Jahresende 2013 zurückzuführen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus mieden Kunden Festzinsprodukte wie Termineinlagen und Sparkassenbriefe. Hier reduzierten sich die Bestände um 7,0 Mio. € bzw. 9,2 Mio. € auf 21,7 Mio. € bzw. 36,2 Mio. €.

INTERBANKGESCHÄFT

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 9,4 Mio. € auf 15,4 Mio. €. Es handelt sich dabei um aus Liquiditätsgründen unterhaltene kurzfristig verfügbare Guthaben sowie um längerfristige Engagements. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf eine stichtagsbedingte Bestandserhöhung kurzfristiger Anlagen zurückzuführen. Aufgrund der gestiegenen Kundeneinlagen konnte die Sparkasse die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten weiter zurückführen. Der Bestand verringerte sich um 14,6 Mio. € auf 43,3 Mio. €. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich überwiegend um langfristige Mittel, die der entsprechenden Refinanzierung des langfristigen Kreditgeschäftes dienen.

NICHT BILANZWIRKSAMES KUNDENGESCHÄFT

Die Wertpapierumsätze stiegen um 11,1% von 28,5 Mio. € auf 31,6 Mio. €. Der Bestand der von der Sparkasse vermittelten Wertpapiere betrug insgesamt 85,5 Mio. € nach 83,9 Mio. € im Vorjahr. Das Wertpapiergeschäft konnte damit moderat ausgebaut werden.

Das Vermittlungsgeschäft von Produkten der Verbundpartner der S-Finanzgruppe (Bausparverträge, Versicherungsverträge, Immobilien) hat sich insgesamt positiv entwickelt.

RÜCKLAGEN

Aus dem Gewinn der Sparkasse wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 4,8 Mio. € zugeführt, der damit einen Bestand von 81,5 Mio. € ausweist. Der Bilanzgewinn des Vorjahres von 0,1 Mio. € wurde in die Sicherheitsrücklage eingestellt, die somit 34,7 Mio. € beträgt. Insgesamt betragen die bilanziellen Rücklagen nunmehr 116,2 Mio. € (+ 4,9 Mio. €).

Abweichend von dem im Vorjahr erwarteten Geschäftsverlauf hat sich das Einlagengeschäft dynamischer entwickelt. Aus diesem Grund konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stärker als angenommen zurückgeführt werden.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Der für die Gesamtrentabilität entscheidende Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen hat sich um 1,0 Mio. € oder 6,2 % auf 14,9 Mio. € vermindert. Der Rückgang resultiert aus einem höheren Rückgang der Zinserträge im Vergleich zum Rückgang der Zinsaufwendungen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen im Kundengeschäft verringerten sich trotz gestiegener Einlagen- und Kreditvolumina. Hier machte sich das nochmals gesunkene und extrem niedrige Zinsniveau bemerkbar. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 0,2 Mio. € (+4,4 %) auf 4,3 Mio. €. Die Mehreinnahmen entfallen vor allem auf das Vermittlungsgeschäft sowie das Wertpapiergeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 1,1 Mio. € auf 10,9 Mio. €. Der Anstieg entfällt sowohl auf den Personalaufwand (+9,2 %) als auch auf die weiteren Verwaltungsaufwendungen (+16,8 %). Bei den Personalaufwendungen schlugen sowohl die Auswirkungen des letzten Tarifabschlusses als auch Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen zu Buche. Bei den Sachaufwendungen waren die EDV-Kosten, die Modernisierung selbstgenutzter Gebäude sowie gestiegene Aufwendungen für externe Prüfungen die Hauptkostentreiber. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 0,5 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Lagebericht

Insgesamt waren die Erträge (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 1 bis 9) mit 19,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % geringer. Der Geschäftsaufwand (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 10 bis 12) stieg um 2,1 Mio. € bzw. 19,5% auf 13,2 Mio. €.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft betrugen (nach Verrechnung mit Aufwendungen) 1,2 Mio. €. Das Bewertungsergebnis wurde hauptsächlich von der Auflösung von Einzelwertberichtigungen sowie effektiven Kursgewinnen bei der Veräußerung von Wertpapieren bestimmt. Im Vorjahr wurde ein Aufwand von 2,0 Mio. € ausgewiesen, der maßgeblich von der Dotierung stiller Vorsorgereserven geprägt war. Die Bewertung von Beteiligungen hatte keine nennenswerte Auswirkung auf das Jahresergebnis.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute betrieb die Sparkasse zusätzliche Risikovorsorge durch die weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 4,8 Mio. €. In der Dotierung ist ein Anteil von 0,3 Mio. € enthalten, den die Sparkasse als ehemalige mittelbare Anteilseignerin der früheren WestLB AG für die gegebenenfalls zukünftig entstehenden liquiditätswirksamen Verluste der von der WestLB AG errichteten „Ersten Abwicklungsanstalt“ gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernehmen muss. Die weitere Aufstockung dieses Unterpostens ist bis zum Jahr 2033 vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2015 hat sich die Ertragslage der Sparkasse insgesamt auf einem guten Niveau gehalten. Die Ertragssituation wird auch anhand der wichtigsten Rentabilitätskennzahlen deutlich.

Kennzahl ¹	2013	2014	2015
Zinsspanne in % der DBS ²	2,37	2,26	2,12
Provisionsüberschuss in % der DBS	0,59	0,63	0,65
Verwaltungskosten in % der DBS	1,48	1,52	1,66
Cost-Income-Ratio ³ in %	47	50	61

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation betrugen der Zinsüberschuss der Stadtsparkasse Wermelskirchen 2,16 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS), der Provisionsüberschuss 0,66 % und der Verwaltungsaufwand 1,72 % der DBS.

Der Steueraufwand lag mit 2,8 Mio. € um 0,2 Mio. € unter dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt rund 115.000 € und liegt damit um rund 4.000 € über dem Vorjahresergebnis. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 0,018 %.

Die Rentabilität der Sparkasse ist damit – auch im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größe – als gut zu bezeichnen. Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung.

FINANZLAGE

Der Sparkasse standen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba zur Verfügung. Über das Offenmarktsystem der EZB hat die Sparkasse keine Refinanzierungsmittel aufgenommen. Andere langfristige Refinanzierungsmittel wurden abgebaut bzw. bei Bedarf durch kurzfristige Aufnahmen im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition ersetzt. Die täglich verfügbaren Anlagen bei Kreditinstituten wurden aufgrund deren Unverzinslichkeit bzw. negativer Verzinsung zurückgeführt. Die Anforderungen gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) wurden eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 1,8 (Vorjahr 1,8). Sie liegt damit deutlich über dem gesetzlich geforderten Mindestwert von 1,0. Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 1,7 und 1,9. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die erstmals zu berechnende Liquiditätsdeckungsquote (LCR) lag mit einem Wert von 277 % ebenfalls deutlich über dem bis Ende 2015 zu erfüllenden Mindestwert von 60 %. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäfts-

¹ Datenbasis: Gewinn- und Verlustrechnung, Abweichungen zum Betriebsvergleich der Sparkassen sind konzeptionell bedingt

² Durchschnittliche Bilanzsumme (2013: 627,6 Mio. €, 2014: 645,8 Mio. €, 2015: 657,9 Mio. €)

³ Aufwand/Ertrag-Relation: Aufwand pro 100 € Ertrag

Lagebericht

jahr durch eine planvolle und ausgewogene Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Alle Zahlungsverpflichtungen wurden erfüllt. Angaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken enthält der Abschnitt LIQUIDITÄTSRISIKEN im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

VERMÖGENSLAGE

Zum 31.12.2015 betrug die Sicherheitsrücklage 34,7 Mio. € (Vorjahr: 34,6 Mio. €). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres umfangreiches Eigenkapital in Form des Fonds für allgemeine Bankrisiken, der im Berichtsjahr um 4,8 Mio. € auf 81,5 Mio. € aufgestockt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme beträgt das bilanzielle Eigenkapital zum 31.12.2015 5,4 % (Vorjahr: 5,4 %), unter Berücksichtigung des Fonds für allgemeine Bankrisiken 17,9 % (Vorjahr: 17,4 %). Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Abs. 2 CRR beträgt 28,3 % (Vorjahr: 27,1 %). Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 26,9 % und 28,6 %. Die Kernkapitalquote betrug zum 31.12.2015 27,6 % (Vorjahr 27,1 %). Damit überschreitet dieser Wert sehr deutlich den vom Gesetzgeber bis Ende 2015 vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung, auch unter Berücksichtigung zukünftig steigender Eigenmittelanforderungen, ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Wermelskirchen ist trotz des rückläufigen Zinsüberschusses somit zusammenfassend als gut zu bezeichnen.

NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse insgesamt

137 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
davon 82 vollzeitbeschäftigte und
38 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie
17 Auszubildende.

Sieben Auszubildende beendeten ihre Ausbildung mit Erfolg, sechs übernahm die Sparkasse in das Angestelltenverhältnis. Im Jahr 2015 stellte die Sparkasse fünf neue Auszubildende ein.

SPENDEN UND BÜRGERSTIFTUNG

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen und ihre Bürgerstiftung haben im vergangenen Jahr kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten mit insgesamt rund 52 Tsd. € (Vorjahr: 98 Tsd. €), davon rund 50 Tsd. € (Vorjahr: 96 Tsd. €) aus Mitteln der Stiftung, unterstützt und gefördert. Das Stiftungskapital beläuft sich unverändert auf 5 Mio. €.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Lagebericht

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENTZIELE UND –SYSTEM

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernaufgaben von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Liquiditäts-, das operationelle sowie das Beteiligungsrisiko eingestuft. Diese Risiken haben unmittelbar Auswirkung auf die Rentabilität sowie die Vermögens- und Liquiditätssituation der Sparkasse. Neben der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist ebenfalls die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen Gegenstand des Risikomanagements.

Voraussetzungen für die Steuerung und Messung der Risiken sind eine ausgeprägte aufbauorganisatorische Funktionstrennung zwischen den Marktbereichen, der Marktfolge und den einbezogenen Stabsbereichen sowie ein prozessintegriertes internes Kontrollsystem. Durch eine dem Risikogehalt der Geschäfte angepasste Organisationsstruktur und mit der Umsetzung der von der Bankenaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement werden die Risiken angemessen gesteuert. Mess- und Kontrollmechanismen sind hierbei von den ausführenden Marktbereichen organisatorisch getrennt.

Die Risikocontrollingfunktion obliegt dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung. Er ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und an allen Entscheidungen gemäß AT 4.4.1 Tz. 2 MaRisk zu beteiligen. Darüber hinaus ist eine Beteiligung bei allen Beschlüssen, die grundlegende Auswirkungen auf das Risikoprofil der Sparkasse haben, erforderlich. Risikoüberwachende Organisationseinheiten sind die Abteilung Unternehmenssteuerung sowie für den Bereich des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft auf Einzelkundenebene die Abteilung Kreditrisikomanagement. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision unabhängig von den einzelnen Geschäftsbereichen alle relevanten Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt im Wesentlichen durch den Vorstand auf der Grundlage regelmäßiger Risikoberichte der risikoüberwachenden Abteilungen. Als effektive Steuerungshandlungen betrachtet die Sparkasse darüber hinaus die intensive Bearbeitung ausfallgefährdeter Kreditengagements sowie präventive Maßnahmen der Abteilung Kreditrisikomanagement. Neben der Berichterstattung durch markunabhängige Organisationseinheiten prüft die Interne Revision das Risikomanagementsystem und informiert den Vorstand direkt über ihre Prüfungsergebnisse.

Basierend auf einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsberechnung betrachtet die Sparkasse bei der Risikosteuerung zwei Szenarien. Das „erwartete Risiko“ ist dabei ein Szenario, das aufgrund von Erfahrungswerten und/oder mathematisch-statistischen Analysen erwartet wird, wenn keine außergewöhnlichen externen oder internen Ereignisse eintreten. Das „unerwartete Risiko“ ist ein Szenario, das bei unerwarteten, aber möglichen externen oder internen Ereignissen eintreten kann.

Das Risikoprofil der Sparkasse leitet sich aus der in der Geschäfts- und Risikostrategie beschriebenen Geschäftsstruktur sowie der dort definierten Risikotoleranz der Geschäftsleitung ab. Die Risikotoleranz wird in Form von Risikolimiten, welche am Vermögen der Sparkasse orientiert sind, quantifiziert. Der Gesamtumfang der Risikolimiten ist so bemessen, dass im Rahmen des Going-Concern-Ansatzes nach Vollauslastung der Limite ausreichende Risikopuffer verbleiben. Mit den Risikolimiten deckt die Sparkasse die erwarteten und unerwarteten Risiken in der periodischen Sichtweise 12 Monate rollierend ab. Risiken werden aggregiert dargestellt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Neben den Standard-Szenarien „erwartetes Risiko“ und „unerwartetes Risiko“ werden weitere Stressszenarien simuliert, die teilweise risikoartenübergreifende Faktoren berücksichtigen, teilweise nur für einzelne Risikoarten durchgeführt werden. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden in vierteljährlichen Berichten über die Gesamtrisikolage informiert.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und der Wirksamkeit von Risikoüberwachungssystemen verfügt die Sparkasse über entsprechende Notfallkonzepte. Die Sparkasse verzichtet auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung von Risiken.

Die Risikomessverfahren entsprechen den gängigen Standards und richten sich im Rahmen der Proportionalität am Risikogehalt der Positionen aus. Die Verfahren sind geeignet, die Risikotragfähigkeit auch in einem Going-Concern-Ansatz nachhaltig sicherzustellen. Die beschriebenen Risikoziele werden durch die eingesetzten Verfahren messbar, transparent und überprüfbar. Sie passen zur Geschäftsstrategie der Sparkasse. Folglich erachten wir unser Risikomanagementverfahren als angemessen und wirksam.

Lagebericht

ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Das Ausfallrisiko betrifft sowohl bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen als auch ggf. nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche, beispielsweise aus derivativen Finanzinstrumenten. Angaben zum Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen enthält der Abschnitt BETEILIGUNGSRISIKEN.

Eine Limitierung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft zunächst durch die Festlegung der Kredithöchstgrenze je Kreditnehmer. Darüber hinaus ist bei Wertpapiereigenanlagen der Erwerb einzelner Wertpapiergattungen durch Limite eingeschränkt. Das Adressenausfallrisiko bei Wertpapieren spiegelt sich nach unserer Einschätzung grundsätzlich im Kurs wider. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Wertpapiergeschäften werden unter den Kursrisiken zusammengefasst (siehe unter MARKTPREISRISIKEN).

Wir begrenzen das Adressenausfallrisiko durch eine sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner. Ferner werden die wesentlichen Engagements laufend hinsichtlich ihrer Bonitätsentwicklung analysiert, wobei die Sparkasse bei Kreditengagements verschiedene interne Ratingverfahren einsetzt. Der Vorstand wird in einem vierteljährlichen Risikoreport über die Entwicklung der Kreditrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert. Für das Kundengeschäft erfolgt ergänzend der Einsatz des periodisch ausgerichteten Kreditportfoliomodells CPV Kompakt. CPV Kompakt simuliert die erwarteten und unerwarteten Verluste mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau und einer 250tägigen Haltedauer. Bei wesentlichen Veränderungen der Risikolage erfolgt die Unterrichtung der Geschäftsleitung kurzfristig im Rahmen der ad-hoc-Berichterstattung. Die Risiken aus Geldmarktgeschäften sind durch volumenbezogene Limite begrenzt.

Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgt gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Die Entscheidung zur Bildung von Risikovorsorge basiert auf der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der nachhaltigen Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers. Bei der Höhe der im Einzelfall zu bildenden Wertberichtigung orientiert sich die Sparkasse an dem nicht durch Sicherheiten gedeckten Forderungsteil. Diesbezüglich erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten hinsichtlich ihres voraussichtlichen Realisationswertes. Die Geschäftsprozesse im Zusammenhang mit der Bildung von Risikovorsorge sowie ihre kompetenzgerechte Genehmigung sind in einer Arbeitsanweisung geregelt. Die Kreditengagements werden anlassbezogen dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Risikovorsorge für bereits wertberichtigte Kreditengagements wird monatlich überprüft und ggf. angepasst. Der Gesamtvorstand wird ab einem erkannten Risikovorsorgebedarf von 50 Tsd. € sofort informiert. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Die positive konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2015 hat tendenziell zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation vieler Kreditnehmer geführt. Nach dem Urteil der Internen Revision sind die erkannten Risiken durch entsprechende Wertberichtigungen auf Forderungen ausreichend gedeckt.

Das Kreditportfolio der Sparkasse einschließlich der Beteiligungen und offener Zusagen setzt sich aus folgenden Kreditnehmerarten zusammen:

Kreditnehmer / Kreditart	Anteil in %
Inländische Privatpersonen	33,8
Inländische Unternehmen / Selbstständige	38,5
Ausländische Kunden	0,5
Öffentliche Haushalte	1,6
Kreditinstitute	0,7
Wertpapiere	23,8
Beteiligungen	1,1

Lagebericht

Die Branchenverteilung der Kreditnehmergruppe Unternehmen / Selbstständige:

Branche	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft	1,3
Energie- und Wasserversorgung	5,4
Verarbeitendes Gewerbe	11,1
Baugewerbe	10,1
Handel und Instandhaltung	11,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9,2
Gastgewerbe	1,9
Dienstleistungen für Unternehmen	6,1
Beratung, Planung, Sicherheit	7,9
Öffentliche und private Dienstleistungen	2,2
Gesundheit und Soziales	2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	24,8
Bauträger	1,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	1,4
Sonstiges	1,9

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Kundenkredite verwendet die Sparkasse vorrangig die Ratingverfahren der S-Finanzgruppe: Sparkassen-Standardrating, Immobiliengeschäfts-Rating, Kunden-Kompakt-Rating und Kundenscoring. Der Kundenkreditbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2015	2014
1 – 6	72,4	70,1
7 - 12	22,3	23,1
13 – 15	2,6	3,7
16 - 18	2,7	3,1

*bezogen auf das geratete Kreditvolumen

Etwa die Hälfte der Ausleihungen im Kundengeschäft entfällt auf Privatpersonen. Ferner wurde mehr als die Hälfte der Kundenkredite für Zwecke des Wohnungsbaus vergeben. Bei den gewerblichen Krediten liegt eine ausgewogene Branchenverteilung vor. Der auf dem Dienstleistungssektor liegende Schwerpunkt weist aufgrund einer weitergehenden Diversifizierung innerhalb der Hauptbranche kein signifikantes Konzentrationsrisiko auf. Die innerhalb des Dienstleistungssektors bedeutende Branche Grundstücks- und Wohnungswesen ist auf Grundlage der analysierten Bonitäts- und Granularitätsstruktur ebenfalls nicht mit einem nennenswerten Konzentrationsrisiko behaftet. Der Anteil der mit bonitätsschwachen Ratings eingestuften Kreditnehmer ist als moderat zu bezeichnen. Nennenswerte Verschlechterungen der Risikolage sind aus der Ratingstruktur nicht abzuleiten. Strukturelle Risiken des Kreditgeschäftes sind daher aktuell und zukünftig als niedrig einzustufen. Mit Blick auf die einzelnen Kreditengagements erwarten wir für das laufende Jahr einen moderaten Bewertungsaufwand.

Für Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft bestand ein Limit von 8,5 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 16 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 37 % der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten. Bezogen auf das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft haben sich die Risiken gegenüber dem Vorjahr nochmals verringert.

Lagebericht

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Wertpapiere des Eigengeschäftes verwendet die Sparkasse die Ratingverfahren von Standard & Poors (S&P). Der Wertpapierbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2015	2014
AAA – A	83,8	76,0
BBB	7,2	12,2
BB und schlechter	---	---
ohne Rating	9,0	11,8

*bezogen auf den gesamten Wertpapiereigenbestand

Die Anlagen ohne Rating setzen sich hauptsächlich aus drei vornehmlich in Europa investierenden Immobilienfonds zusammen.

Die Ausfallrisiken im Wertpapiersektor sind durch die in den Vorjahren durchgeführten Bewertungsmaßnahmen abgesichert. Die Ratings deuten nicht auf nennenswerte Ausfallrisiken hin. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert. Die Limitierung der Ausfallrisiken von Wertpapieren in Form von Bonitäts- und Spreadrisiken sowie die Risikoberichterstattung erfolgen im Rahmen der Kursrisiken (siehe Abschnitt MARKTPREISRISIKEN).

MARKTPREISRISIKEN

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisveränderungen ergeben. Zusätzliche Marktrisiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag 31. Dezember zu Abschreibungen oder am Realisationstag zu realisierten Verlusten führen. Wesentliche und einer Limitierung unterliegende Marktpreisrisiken der Sparkasse sind das Kursrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Ferner können Sachwerte wie Immobilien und Sicherungsgüter von Marktpreisrisiken betroffen sein.

Für den Wertpapierbereich werden zur Ermittlung des erwarteten Kursrisikos Abschreibungen und für verzinsliche Wertpapiere erwartete Kursrückgänge auf Grund des Pull-to-par-Effektes sowie das Bonitätsrisiko angesetzt. Das erwartete Abschreibungsrisiko ergibt sich auf Basis der Tageskurse des Bewertungsstichtages aus der Anwendung SimCorp Dimension (SCD). Für Fondsinvestments erfolgt die Ermittlung des erwarteten Verlustes auf Basis des Rücknahmepreises bzw. des Börsenkurses aus SCD. Die Ermittlung des Bonitätsrisikos erfolgt unter Verwendung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Der Gesamtwert aus Marktpreis-, Spread- und Bonitätsrisiko nach Durchführung eines Ratingschifts sowie dem bei der Rückgabe von Fondsanteilen ggf. anfallenden Rücknahmeabschlag ergeben – vermindert um den Wert des erwarteten Risikos – das unerwartete Risiko. Die Quantifizierung des Marktpreisrisikos erfolgt mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99 %igen Konfidenzniveau, einem 500-tägigen Betrachtungszeitraum und einer 250-tägigen Haltedauer in SCD. Die Ermittlung des Spreadrisikos erfolgt nach Assetklassen differenziert mittels der Anwendung SCD. Für den Spezialfonds erfolgt die Risikoberechnung auf Basis der einzelnen im Fondsvermögen enthaltenen Wertpapiere (Durchschauprinzip). Die im Bestand befindlichen Immobilienfonds werden auf Basis der Fondspreishistorie in die Value-at-Risk-Berechnung einbezogen. Die Ergebnisse der Risikoprognosen aus SCD werden einer regelmäßigen Plausibilitätskontrolle unterzogen. Zusätzlich hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Geschäfts- und Risikostrategie volumenbezogene bzw. prozentuale Limite für Wertpapieranlagen festgelegt, über deren Auslastung der Geschäftsleitung monatlich berichtet wird. Der Vorstand wird innerhalb der vierteljährlichen Gesamtrisikoberichterstattung sowie einer gesonderten monatlichen Risikoberichterstattung über die Kursrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert.

Das Zinsänderungsrisiko wird vorrangig im Hinblick auf die Auswirkung auf die Zinsspanne untersucht. Es umfasst das Festzinsrisiko und das variable Zinsänderungsrisiko. Das Festzinsrisiko betrifft offene Festzinspositionen, denen keine fristenkongruente festverzinsliche Refinanzierung gegenübersteht. Insbesondere bei großen Festzinsblöcken auf Aktiv- und Passivseite mit unterschiedlichen zeitlichen Strukturen kann das Festzinsrisiko erhebliche Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und die Zinsspanne haben. Das variable Zinsänderungsrisiko kennzeichnet die Gefahr, dass die Zinsspan-

Lagebericht

ne variabel verzinslicher Geschäfte bei Marktzinsänderungen aufgrund unterschiedlicher Zinsanpassungselastizitäten auf der Aktiv- und Passivseite sinkt. Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich überwacht.

In vierteljährlichen Prognoserechnungen, die unterschiedliche Zins- und Bestandsszenarien umfassen, wird das periodische Zinsänderungsrisiko berechnet und der Geschäftsleitung zur Kenntnis gegeben. Ergänzend misst die Sparkasse die Zinsänderungsrisiken barwertig. Die Sparkasse steuert das Zinsänderungsrisiko durch einzelne bilanzielle Maßnahmen.

Bewertungsmaßnahmen betrafen im Jahr 2015 verschiedene Einzelwerte der Sparkasse. Die Bewertungsmaßnahmen bei Schuldverschreibungen waren überwiegend zinsinduziert und fielen gegenüber dem Vorjahr höher aus. Durch die Veräußerung einzelner Anlagen konnten Gewinne realisiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Risikolage im Hinblick auf das Bewertungsergebnis geringfügig verschlechtert, das Bewertungsergebnis war dennoch deutlich positiv. Die weiterhin anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten können sich zukünftig erneut negativ auf die Risiko- und Liquiditätsabschläge bei den Wertpapierkursen einzelner Gattungen oder Emittenten auswirken. Aufgrund der Struktur des Wertpapierportfolios und der Emittentenauswahl bestehen aus Sicht der Sparkasse derzeit keine hohen Kursrisiken. Für Kursrisiken bestand ein Limit in Höhe von 11,3 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 21 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 49 % der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten.

Eine bedeutende Beeinträchtigung der Ertragslage durch Zinsänderungsrisiken ist in der einjährigen Risikotragfähigkeitssicht aufgrund der Zinsbindungs- und Laufzeitstruktur nicht zu erwarten. Die Zinsspannenrisiken haben sich im Berichtsjahr für die regulären und Zinsschockszenarien nicht erhöht. Auf Grundlage des aufsichtsrechtlich vorgegebenen 200-Basispunkte-Zinsschocks ist die Sparkasse kein Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Das für die Risikobewertung ergänzend heranzuziehende aufsichtsrechtliche Prüfkriterium (gesamte Eigenmittelanforderung nach Art. 92 Abs. 3 CRR zzgl. Barwertminderung infolge des Zinsschocks ≥ 95 % der Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR) wird weiterhin sehr deutlich erfüllt. Für Zinsspannenrisiken bestand ein Limit von 1 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 2 % des Risikodeckungspotenzials und 4 % der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde in allen Szenarien eingehalten.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass ein Kreditinstitut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Als wesentliche Teilrisiken hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungsrisiko eingestuft, wobei auf eine betragliche Quantifizierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos aus methodischen Gründen verzichtet wird. Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten für den Fall ungeplanter Liquiditätsabflüsse.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko steuern wir durch eine tägliche Disposition der liquiden Mittel, eine hohe Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Auf Basis der monatlich nach der Liquiditätsverordnung zu erhebenden Werte werden Szenariorechnungen anhand definierter Szenarien durchgeführt. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl lag wie im Vorjahr über den Anforderungen, ebenso die erstmals zu berechnende Liquiditätsdeckungsquote. Refinanzierungsrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Das Limit für Refinanzierungsrisiken von 0,8 Mio. € beträgt ca. 2 % des Risikodeckungspotenzials und 3 % der Gesamtlime. Das Limit wurde im Berichtsjahr eingehalten. Der Vorstand wird monatlich über die Ergebnisse der Szenariorechnungen sowie die Refinanzierungsrisiken informiert. Aus der ergänzenden Berechnung von Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken im Rahmen des Liquiditätskostenverrechnungssystems sind ebenfalls keine erhöhten Risikowerte abzuleiten.

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von Anlagen bei anderen Kreditinstituten und Wertpapieren, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Refinanzierungsquellen sind vorrangig die Kundeneinlagen. Daneben bestehen Refinanzierungsmöglichkeiten über Kreditinstitute. Ferner existiert über Offmarktgeschäfte die Möglichkeit zur Kreditaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Lagebericht

Zum 31.12.2015 lag folgende Refinanzierungsstruktur vor:

Refinanzierungsinstrument	Anteil in %
Kundeneinlagen	91,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8,4
Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank / EZB	0,0

Das Liquiditätsrisiko stellt sich unverändert günstig dar. Weder die Liquiditätskennzahl noch die monatlichen Szenariorechnungen deuten auf einen Liquiditätsengpass hin. Für den größten Teil des Wertpapierportfolios sehen wir die kurzfristige Liquidierbarkeit als gegeben. Umwidmungen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt. Risikobegrenzende Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

OPERATIONELLE RISIKEN

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen, Rechtsrisiken sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik. Zielrichtung von Schutzmaßnahmen sind insbesondere die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz von vertraulichen Informationen. Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik haben wir durch Verabschiedung einer Informations-Sicherheitsleitlinie sowie mit der Bestellung eines Informations-Sicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Darüber hinaus werden die operationellen Risiken im Bereich der internen Prozesse durch die Vorgabe standardisierter Abläufe in Arbeitsanweisungen begrenzt. Juristische Risiken sollen durch die Verwendung von rechtlich geprüften Vertragsformularen vermieden werden.

Schlagend gewordene operationelle Risiken mit Auswirkungen auf die Ertragslage werden datenbankgestützt analysiert. Ferner wird zur Bestimmung des operationellen Risikos eine auf der Risikoinventur basierende Szenarioanalyse herangezogen. Zur Ermittlung des Risikos wird das Jahresverlustpotenzial aus der Szenarioanalyse in Verbindung mit der (unterjährig) aufgelaufenen Jahresbruttosumme der in der Schadensfalldatenbank erfassten Schadensfälle angesetzt. Der Vorstand wird im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung über die Entwicklung der operationellen Risiken informiert.

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen durch operationelle Risiken begründeten Feststellungen getroffen worden. Hinweise auf Mängel im internen Kontrollsystem liegen nicht vor. Die Ergebnisse der Risikoinventur deuten nicht auf nennenswerte Risiken hin. Die Gefahr, dass operationelle Risiken die Ertrags- und Vermögenslage erheblich beeinträchtigen können, sehen wir derzeit nicht. Es besteht jedoch derzeit das Risiko, dass es aufgrund der Rechtsprechung zu vermeintlich fehlerhaften Widerrufsbelehrungen in Darlehensverträgen zur Rückabwicklung derartiger Verträge mit erheblichem Einfluss auf die Ertragslage kommen kann. Die Sparkasse hat auf Grund der aktuellen Gegebenheiten hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risikolage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Für operationelle Risiken bestand ein Limit von 1,7 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 3 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 7 % der Gesamtlime aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten.

BETEILIGUNGSRISEN

Beteiligungen geht die Sparkasse fast ausschließlich im Rahmen von Gemeinschaftsaufgaben der Sparkassen-Finanzgruppe, sowie in geringem Umfang aus Gründen der regionalen Wirtschaftsförderung ein. Die gezielte Übernahme von Adressausfallrisiken in Form kreditnaher oder kreditsubstituierender Beteiligungen ist nicht Gegenstand der Geschäftspolitik der Sparkasse. Risiken bestehen im Zusammenhang mit der handelsrechtlichen Bewertung der Beteiligungsunternehmen. Im Rahmen

Lagebericht

der internen Risikoberichterstattung verzichtet die Sparkasse auf eine Limitierung, da der Gesamtbuchwert der Beteiligungen vom Risikodeckungspotenzial abgesetzt wird.

SONSTIGE RISIKEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der RSGV) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden. Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV im Jahr 2009 (0,42 %) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko bildet die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge.

Über das vorgenannte Risiko hinausgehende sonstige Risiken von Bedeutung für die Ertrags- und Risikolage sind nach unserer Einschätzung derzeit nicht erkennbar.

GESAMTWERTUNG DER RISIKOLAGE

Nach den genannten Risikocontrollingberichten sowie den Erkenntnissen der Internen Revision sind die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb der Sparkasse als moderat einzustufen. Alle Risikolimits wurden eingehalten.

Größte Risikotreiber der Sparkasse sind das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft sowie die Marktpreisrisiken aus eigenen Wertpapieren.

Durch die frühzeitige intensive Begleitung der Kreditnehmer konnten die Wertkorrekturen im Kundenkreditgeschäft in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Die insgesamt gute Risikolage führte dazu, dass das Bewertungsergebnis im mehrjährigen Zeitvergleich unterdurchschnittlich war. Die wesentlichen Risikoindikatoren einschließlich der konjunkturellen Erwartungen deuten auf eine in etwa gleich bleibende Risikolage hin.

Die Marktpreisrisiken können im laufenden Jahr angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen sowie durch ein Wiederaufleben der europäischen Schuldenkrise zunehmen. Diese Szenarien werden von der Sparkasse weiterhin als eher unwahrscheinlich eingestuft. Damit ist vorerst nicht von möglichen höheren Bonitäts- und Liquiditätsabschlägen einzelner Emittenten und Gattungen auszugehen. Da auch die Wahrscheinlichkeit für steigende Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten gering ist, sind zinsinduzierte Kursabschläge nicht zu erwarten. Das anhaltende Niedrigzinsniveau wird sich weiterhin ungünstig auf die Erträge aus dem zinsgebundenen Kunden- und Eigengeschäft auswirken.

Die finanziellen Auswirkungen operationeller Risiken betrachtet die Sparkasse mit Ausnahme der im Abschnitt OPERATIONELLE RISIKEN genannten Einschränkung als untergeordnet. Ebenso sind keine Anzeichen erkennbar, die das Liquiditätsrisiko nennenswert erhöhen.

Generell bietet der Verzicht auf komplexe Geschäftsstrukturen sowie die gute Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse ausreichenden Schutz vor möglichen bestandsgefährdenden Risiken. Darüber hinaus hat die Sparkasse aufgrund ihrer guten Risikotragfähigkeit die Möglichkeit, Risiken in einem vertretbaren Umfang bewusst einzugehen.

Lagebericht

PROGNOSEBERICHT

Die folgenden Einschätzungen betreffen das Geschäftsjahr 2016 und haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ereignisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aus dem vorangegangenen Abschnitt CHANCEN- UND RISIKOBERICHT ist zu entnehmen, dass die Sparkasse über angemessene Instrumente und Prozesse verfügt, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Im Kreditgeschäft streben wir neue Ausleihungen durch den Ausbau gut einschätzbarer bestehender Kundenbeziehungen im Kreditgeschäft an. Ferner gehen wir davon aus, dass sich Wettbewerber aufgrund der Regulierungsanforderungen von Risikoaktiva trennen werden, wodurch sich Akquisitionschancen ergeben können. Wir erwarten eine Bestandsentwicklung auf dem aktuellen Niveau.

Die strukturierte, am unmittelbaren Bedarf unserer Kunden orientierte Beratung der Sparkasse bleibt zentrales Element der Kundenbindung. Auf der Einlagenseite kann die Sparkasse weiter mit einem Zuwachs an Sicht- und Spareinlagen rechnen, wobei hohe Sichteinlagenzuwächse sowie ein Zugang von großen täglich fälligen Einzeleinlagen aufgrund der Zinssituation zunehmend zu einer Belastung für die Ertragslage werden können sowie neue Herausforderungen an die Steuerung des Zinsänderungs- und Liquiditätsrisikos stellen. In diesem Zusammenhang kann die Bepreisung großer Einlagevolumina gewerblicher Anleger erforderlich werden.

Je nach Umfang des Einlagenzuwachses wird sich auch das Eigengeschäft entsprechend entwickeln. Es ist davon auszugehen, dass sich die Bilanzsumme bis Ende 2016 gegenüber dem Jahresabschluss 2015 leicht erhöhen wird.

Die Entwicklung der Zinsspanne wird maßgeblich von der Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen geprägt sein. In unserer Geschäftsplanung gehen wir im Prognosezeitraum von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau aus. Diese Entwicklung wird zu einer weiteren Belastung des Zinsüberschusses führen, der voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Berichtsjahres liegen wird. Der Provisionsüberschuss wird sich nach unseren Annahmen leicht unter dem Niveau des Jahres 2015 bewegen.

Hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes gehen wir im Personalbereich von leicht steigenden Belastungen aufgrund von Tarifsteigerungen aus. Die Mitarbeiterzahl wird sich geringfügig reduzieren. Der Sachaufwand dürfte sich leicht unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. Der Verwaltungsaufwand wird somit insgesamt eher konstant bleiben.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird voraussichtlich aufgrund der im Risikobericht dargestellten Lage ein im mehrjährigen Zeitvergleich durchschnittliches Niveau haben und somit über dem Wert des Berichtsjahres liegen. Der im Jahr 2015 atypisch positive Wert wird voraussichtlich nicht mehr erreicht. Wir erwarten ein leicht negatives Bewertungsergebnis. Aufgrund der im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT beschriebenen Lage am Geld- und Kapitalmarkt rechnen wir nicht mit nennenswerten Abschreibungen auf die Kurswerte unserer im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere. Ferner gehen wir für unser Wertpapierportfolio nicht von wesentlichen bonitäts- und liquiditätsbedingten Bewertungsmaßnahmen aus. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert.

Eintretende Abweichungen von den diesen Erwartungen zugrunde liegenden Annahmen dürften den prognostizierten Geschäftsverlauf der Sparkasse im Planungszeitraum grundsätzlich nicht gravierend beeinflussen. Insgesamt rechnen wir im Jahr 2016 zwar mit einem rückläufigen, im Branchenvergleich jedoch weiterhin überdurchschnittlichen Betriebsergebnis. Vor allem aufgrund der Zinssituation, aber auch wegen weiterer regulatorischer Belastungen ist in den nächsten Jahren insgesamt von einem kontinuierlichen und deutlichen Ertragsrückgang auszugehen. Die ausgewogene Finanzlage der Sparkasse wird sich voraussichtlich nur wenig verändern. Der erwartete Betriebsüberschuss dürfte weiterhin eine angemessene Dotierung der Rücklagen und Vorsorgereserven ermöglichen. Hinsichtlich des Aufbaus der Vorsorge für die Erste Abwicklungsanstalt verweisen wir auf den CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

Die steigenden Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute („Basel III“) werden sich teilweise spürbar auf die Geschäftstätigkeit der Sparkasse auswirken. Während die Sparkasse die neuen Eigenkapitalanforderungen bereits heute erfüllt, werden durch die Liquiditätsanforderungen die Möglichkeiten, langfristige Kredite zu vergeben, voraussichtlich eingeschränkt.

Lagebericht

Wermelskirchen, den 16. März 2016

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015

der Stadtparkasse Wermelskirchen

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Köln

	Euro	Euro	Euro	31.12.2014 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		5.558.248,32		5.319
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		6.303.276,21		4.709
			11.861.524,53	10.028
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		10.205.731,58		803
b) andere Forderungen		5.178.356,56		5.178
			15.384.088,14	5.982
4. Forderungen an Kunden			437.023.753,28	435.938
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	203.472.674,20 Euro			(198.291)
Kommunalkredite	21.012.846,93 Euro			(28.739)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		30.380.627,04		30.381
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	30.380.627,04 Euro			(30.381)
bb) von anderen Emittenten		92.136.046,64		91.848
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	92.136.046,64 Euro		122.516.673,68	122.229
				(91.848)
c) eigene Schuldverschreibungen			-,-	-
Nennbetrag	-,- Euro			(-)
			122.516.673,68	122.229
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			42.872.280,70	47.365
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			7.874.370,21	7.863
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			7.024.750,89	7.782
darunter:				
Treuhandkredite	7.024.750,89 Euro			(7.782)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		-,-		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			-,-	-
12. Sachanlagen			2.491.281,23	2.717
13. Sonstige Vermögensgegenstände			606.641,68	566
14. Rechnungsabgrenzungsposten			66.908,96	87
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			647.722.273,30	640.556

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2014 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		-,-		7.000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		43.329.063,60		50.955
			43.329.063,60	57.955
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	137.603.983,69			147.781
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	72.454.057,20			52.091
		210.058.040,89		199.873
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	202.971.119,71			180.144
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	57.948.052,97			74.100
		260.919.172,68		254.244
			470.977.213,57	454.117
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			-,-	-
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			7.024.750,89	7.782
darunter:				
Treuhandkredite	7.024.750,89 Euro			(7.782)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			436.020,80	254
6. Rechnungsabgrenzungsposten			239.822,88	422
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.057.986,00		6.299
b) Steuerrückstellungen		183.025,55		733
c) andere Rückstellungen		2.199.119,99		1.614
			9.440.131,54	8.646
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			81.450.000,00	76.670
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	34.710.621,71			34.599
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		34.710.621,71		34.599
d) Bilanzgewinn		114.648,31		111
			34.825.270,02	34.711
Summe der Passiva			647.722.273,30	640.556
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		10.208.720,60		10.879
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			10.208.720,60	10.879
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		17.845.552,53		15.589
			17.845.552,53	15.589

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2014 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	15.906.376,24			17.067
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.585.564,48			1.890
		17.491.940,72		18.957
2. Zinsaufwendungen		3.531.965,96		4.354
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.377,87 Euro			(3)
			13.959.974,76	14.604
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		800.936,80		1.163
b) Beteiligungen		185.598,54		168
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-
			986.535,34	1.331
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		4.413.408,30		4.231
6. Provisionsaufwendungen		134.534,06		133
			4.278.874,24	4.098
7. Nettoertrag des Handelsbestands			-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			388.640,66	276
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	26,90 Euro			(7)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			19.614.025,00	20.308
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.855.634,75			5.333
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.720.618,37			1.606
darunter: für Alters- versorgung	662.372,91 Euro	7.576.253,12		6.939
				(653)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.343.968,50		2.862
			10.920.221,62	9.801
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			511.501,79	490
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.750.837,19	743
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	33,33 Euro			(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	929.611,79 Euro			(486)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-		1.969
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		1.248.617,40		-
			1.248.617,40	1.969
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		-,-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		11.744,46		7
			11.744,46	7
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			4.780.000,00	4.220
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.911.826,26	3.092
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.780.090,37		2.963
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		17.087,58		17
			2.797.177,95	2.980
25. Jahresüberschuss			114.648,31	111
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			114.648,31	111
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			114.648,31	111
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			114.648,31	111

Anhang zum Jahresabschluss

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2015 nicht verändert. Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht verändert.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER AKTIVPOSTEN

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Fälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden wie Vorfälligkeitsentgelte unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt, Rücknahmeabschläge wurden bei der Wertermittlung berücksichtigt. Bei Fonds mit einer ausgesetzten Anteilscheinrücknahme wurde der Börsenkurs zur Wertermittlung herangezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für unseren zinsbezogenen Wertpapierbestand (Pfandbriefe, Bankschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten und Unternehmensanleihen) waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die beizulegenden Werte auf der Grundlage eines Bewertungsmodells ermittelt bzw. dieses Verfahren zur Plausibilisierung der von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Hierzu wurde ein Discounted Cashflow Verfahren verwendet, in das marktübliche Zinsstrukturkurven („Swap-Kurve“) und auf Basis externer Ratings ermittelte Credit Spreads eingeflossen sind. Die Illiquidität des Marktes wurde in dem Bewer-

Anhang zum Jahresabschluss

tungsmodell berücksichtigt. Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauerhafter und vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 410 € werden diese Vermögensgegenstände im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Vermögensgegenstände über 410 € werden über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER PASSIVPOSTEN

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0 % und Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf bankübliche Verpflichtungen aus Bonuszahlungen für Sparverträge sowie auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit rechtlichen Risiken. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

Anhang zum Jahresabschluss

BEWERTUNG DES ZINSBEZOGENEN BANKBUCHS (ZINSBUCHS)

Zinsbezogene Finanzinstrumente unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

AUSWEIS IN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG SOWIE IM ANHANG

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde kein Gebrauch gemacht. Entsprechende Geschäftsvorfälle lagen zum Bilanzstichtag nicht vor. Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit auch im Anhang. Dabei wurden die Erträge und Aufwendungen für bankgeschäftliche Sachverhalte unter dem Zinsergebnis und für sonstige Sachverhalte unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften wurden im Zinsertrag ausgewiesen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen wurden im Zinsaufwand ausgewiesen.

UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGSPOSTEN

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Zum Stichtag bestanden ausschließlich in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei diesen Geschäften handelt es sich um Währungspositionen von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Anhang zum Jahresabschluss

ANGABEN ZU DEN EINZELNEN BILANZPOSTEN UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die zu den Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

AKTIVA 3 FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale	€	€ i.Vj.
	10.205.700,59	741.643,88

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	0,00
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,00
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.000.000,00
Mehr als 5 Jahre	0,00

Im Unterposten b) - andere Forderungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	€	€ i.Vj.
	5.178.356,56	5.178.356,56

AKTIVA 4 FORDERUNGEN AN KUNDEN

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	€	€ i.Vj.
	4.653.100,81	4.653.482,85

Nachrangige Forderungen	€	€ i.Vj.
	64.928,72	96.990,83

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	7.990.491,96
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	27.276.111,41
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	114.670.091,77
Mehr als 5 Jahre	270.085.043,85
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	16.958.192,57

Anhang zum Jahresabschluss

AKTIVA 5

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

In diesem Posten sind enthalten:

	€
Beträge, die bis zum 31.12.2016 fällig werden	15.059.250,00

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	101.970.430,00
Nicht börsennotiert	19.932.650,00

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet. Für die in diesem Posten enthaltenen Wertpapiere stufen wir den Markt als nicht aktiv ein.

AKTIVA 6

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin an folgendem inländischen Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüt- tung 2015	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €		Mio. €
Spezialfonds	28,2	32,7	4,5	0,5	ja	0,0

Es handelt sich um einen Mischfonds mit internationaler Ausrichtung. Ziel ist die Erwirtschaftung einer regelmäßigen Rendite.

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	0,00
Nicht börsennotiert	10.049.833,00

In diesem Posten sind ausschließlich Fondsanteile enthalten. Für alle in diesem Posten enthaltenen Wertpapiere stufen wir den Markt aufgrund der Rückgabemöglichkeit an die jeweilige Fondsgesellschaft als aktiv ein. Für Anteile an offenen Immobilienfonds gelten seit dem 01.01.2013 gesetzliche Neuregelungen (Halte- und Kündigungsfristen) für Anteilsrückgaben. Für die Anteile eines Fonds ist die Rücknahme durch die Fondsgesellschaft ausgesetzt worden. Es findet ein aktiver Börsenhandel in diesen Anteilscheinen statt. Wir haben die Anteile dieser Fonds daher zum Marktpreis bewertet.

AKTIVA 7

BETEILIGUNGEN

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

Anhang zum Jahresabschluss

AKTIVA 9 TREUHANDVERMÖGEN

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

AKTIVA 12 SACHANLAGEN

In diesem Posten sind enthalten:

	€
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	1.612.175,09

Entwicklung des Anlagevermögens

Angaben in €	Anschaffungskosten	Veränderungen des Geschäftsjahres		Abschreibungen insgesamt	Bilanzwert 31.12.2015	Bilanzwert Vorjahr	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abschreibungen des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge					
Grundstücke und Gebäude	12.018.624,50	0,00	0,00	10.046.180,77	1.972.443,73	2.353.284,73	380.841,00	380.901,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.634.300,50	285.430,58	178.459,81	2.222.433,77	518.837,50	364.113,66	130.660,79	109.156,69
		Veränderungen zusammengefasst						
Beteiligungen		+11.744,46			7.874.370,21	7.862.625,75		
Sonstige Vermögensgegenstände		0,00			6.250,00	6.250,00		

AKTIVA 14 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von 34.518,96 € (i. Vj. 55.120,75 €) enthalten.

AKTIVE UND PASSIVE LATENTE STEUERN

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbelastungs- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,05 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Forderungen an Kunden sowie Rückstellungen. Passive latente Steuern sind von untergeordneter Bedeutung. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE IN FREMDWÄHRUNGEN

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 283.514,46 €.

Anhang zum Jahresabschluss

PASSIVA 1 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

In diesem Posten sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegen- über der eigenen Girozen- trale	€	€ i. Vj.
	0,00	12.002.475,00

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	811.966,04
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.293.767,94
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20.248.593,11
Mehr als 5 Jahre	19.660.877,55

PASSIVA 2 VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	4.066.699,64
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	62.406.521,21
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.917.311,15
Mehr als 5 Jahre	21.124,80

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Restlaufzeit	€
Bis 3 Monate	15.748.724,59
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13.071.937,77
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18.338.899,58
Mehr als 5 Jahre	10.416.124,42

PASSIVA 4 TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

PASSIVA 6 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 235.807,07 € (i. Vj. 414.757,01 €) enthalten.

Anhang zum Jahresabschluss

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditmanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

PASSIVA UND EVENTUALVERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNGEN

Die auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten betragen insgesamt 283.514,46 €.

VERBINDLICHKEITEN, FÜR DIE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGEN SIND

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen	32.910.181,51 €
--	-----------------

ZINSERTRÄGE

In diesem Posten sind negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften in Höhe von 0,3 Tsd. € enthalten.

ZINSAUFWENDUNGEN

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 2.353,33 € (i. Vj. 2.662,27 €) enthalten.

Darüber hinaus sind in diesem Posten positive Zinsen aus Geldaufnahmen in Höhe von 11,0 Tsd. € enthalten.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 929.611,79 € (i. Vj. 485.909,22 €) enthalten.

Anhang zum Jahresabschluss

SONSTIGE ANGABEN

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2015 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,42%). Zum 31.12.2015 beträgt der Anteil 0,38%. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 2,2 Mio. € durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2015 0,3 Mio. €.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

LEISTUNGSZUSAGE DER ZUSATZVERSORGUNGSKASSE

Die Stadtparkasse Wermelskirchen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2016 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben. Auf Basis

Anhang zum Jahresabschluss

der Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 5,0 Mio. € im Jahr 2015 0,4 Mio. €.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2015 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 9,5 Mio. € ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2014 der RZVK etwa 31% (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2015 verwendet.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE

Im Geschäftsjahr 2015 wurden für den Abschlussprüfer Honorare in Höhe von insgesamt 257 Tsd. € (davon für das Vorjahr 57 Tsd. €) erfasst. Davon entfielen auf die Abschlussprüfungsleistungen 231 Tsd. € (davon für das Vorjahr 57 Tsd. €) und auf andere Bestätigungsleistungen 26 Tsd. €.

MITARBEITER / -INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	83
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>40</u>
	123
Auszubildende	<u>14</u>
Insgesamt	<u>137</u>

VORSTAND

Jahnke, Rainer	Vorsitzender
Schumacher, Hans-Jörg	

Anhang zum Jahresabschluss

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzendes Mitglied:
Fleschenberg, Martin

Selbst. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes:

Galonska, Norbert

1. stellvertretender Vorsitzender

Schmitz-Mohr, Manfred

2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder:

Allendorf, Werner

Pensionär

Bilstein, Jochen

Pensionär

Galonska, Norbert

Pensionär

Güntermann, Anja

Steuerfachangestellte

Hellhammer, Dirk

Sparkassenangestellter

Klein, Hans-Jürgen

Rentner

Schenk, Horst-Walter

Selbständiger Berufsbetreuer

Schmitz-Mohr, Manfred

Rentner

Schneider, Michael

Selbstständiger Kaufmann

Seeger, Klaus

Rentner

vom Stein, Andrea

Sparkassenangestellte

Wilke, Karl-Heinz

Kaufmännischer Angestellter

Herr Bürgermeister Eric Weik nahm bis zum 20.10.2015 an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil. Seit dem 21.10.2015 nimmt Herr Bürgermeister Rainer Bleek an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.

Bezüge und Kredite der Organmitglieder

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 205 € je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die zum Jahresbeginn amtierenden ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 300 € pro Jahr. Sofern Verwaltungsratsmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge zuzüglich 19% Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und –teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Allendorf, Werner	1,1	Paulig, Jutta	0,2
Bilstein, Jochen	1,1	Schenk, Horst-Walter	0,9
Bleek, Rainer	0,4	Schmitz-Mohr, Manfred	1,9
Fleschenberg, Martin	4,0	Schneider, Michael	1,5
Galonska, Norbert	1,9	Seeger, Klaus	1,1
Güntermann, Anja	1,1	vom Stein, Andrea	0,9
Hellhammer, Dirk	1,1	Stock, Gereon	0,2
Klein, Hans-Jürgen	1,1	Weik, Eric	0,2
Krips, Brigitte	0,2	Wilke, Karl-Heinz	1,3
insgesamt:		20,5 Tsd. €	

Zusätzlich fielen Umsatzsteueranteile von 0,8 Tsd. € an. Insgesamt ergeben sich damit für die Mitglieder des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr Gesamtbezüge von 21,3 Tsd. €.

Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) an Mitglieder des Verwaltungsrates betrugen 2.042,2 Tsd. €.

Anhang zum Jahresabschluss

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Grundlage für die Bezüge sind die Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung kann dem Mitglied des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15% des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Jahnke 292,8 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen von 5,1 Tsd. €. Im Geschäftsjahr 2015 wurde dem Vorstandsmitglied Herrn Schumacher 249,8 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 30,8 Tsd. € sowie sonstige Vergütungen von 8,4 Tsd. €. Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden aufgrund der einkommensteuerrechtlichen Vorschriften ermittelt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr 2015 Gesamtbezüge von 586,8 Tsd. € gewährt.

Im Falle der Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Jahnke und Herr Schumacher Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von dem jeweiligen Vorstandsmitglied zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Jahnke beträgt bis zum 31.01.2018 50% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung um 5%-Punkte auf 55% an. Der Anspruch von Herrn Schumacher beträgt bis zum 31.05.2018 45% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5%-Punkte auf maximal 55% an.

Die Altersversorgung beträgt maximal 55% der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Jahnke beläuft sich zum 31.12.2015 auf 2.034,2 Tsd. €. Im Jahr 2015 wurden der Pensionsrückstellung 405,2 Tsd. € zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schumacher beläuft sich zum 31.12.2015 auf 1.206,9 Tsd. €. Im Jahr 2015 wurden der Pensionsrückstellung 274,0 Tsd. € zugeführt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 348,4 Tsd. € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 3.559,0 Tsd. €.

Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) an Mitglieder des Vorstandes betrugen 386,0 Tsd. €.

Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Herr Jahnke ist Mitglied des Aufsichtsrates der Provinzial Rheinland Versicherung AG sowie der Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG. Ferner ist Herr Jahnke Mitglied des Verwaltungsrates der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse.

Anhang zum Jahresabschluss

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen Angaben gemäß Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse www.sparkasse-wermelskirchen.de unter der Rubrik Preise und Hinweise/Preise und Leistungen/Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Wermelskirchen, den 8. März 2016

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Länderspezifische Berichterstattung

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2015 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadtsparkasse Wermelskirchen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 26.947 Tsd. €.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 114.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 2.912 Tsd. €. Unter Berücksichtigung der Steuern von 2.780 Tsd. € ergibt sich ein Nettogewinn von 115 Tsd. €. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen im Rahmen eines EU-Beihilfeverfahrens erhalten.

Jahresabschluss 2015

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtparkasse Wermelskirchen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 04.05.2016

PRÜFUNGSSTELLE DES
RHEINISCHEN SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES

Bleck
Wirtschaftsprüfer

Nett
Verbandsprüferin